

Krieg in der Ukraine und Sanktionen gegen Russland – Wirtschaftliche und politische Auswirkungen

1) EU-Sanktionen gegen Russland (Stand: 03.03.2022)

• **Personen und Einrichtungen**

- Einreiseverbote, Einfrierung von Vermögenswerten und Verbot der Finanzierung von bestimmten Personen und Einrichtungen (u.a. Präsident Putin und Außenminister Lawrow)
- Gegen 680 Personen und 53 Einrichtungen

→ Ausweitung der Kriterien für Aufnahme in Sanktionsliste: Dadurch wird ermöglicht, die gesamte russische Regierung, deren Familienmitglieder, Oligarchen und Personen, die in führenden Sektoren der russischen Wirtschaft tätig sind, in die Sanktionsliste aufzunehmen.

• **Finanzsektor**

- Russlands Zugang zu europäischen Kapitalmärkten de facto abgeschnitten
- Kreditkosten für sanktionierte Unternehmen werden erhöht
- Hälfte der Währungsreserven der russischen Zentralbank ist blockiert
- Leitzinsen in Russland auf 20% erhöht
- industrielle Basis Russlands soll schrittweise ausgehöhlt werden durch:
 - Verbot jeglicher Form von Kreditvergaben an und des Kaufs von Wertpapieren von bestimmten russischen Banken und der Regierung (einschließlich Zentralbank)
 - vollständiges Einfrieren von Vermögenswerten und ein Finanzverbot für drei wichtige russische Banken
 - Erweiterung der Sanktionsliste auf mehrere staatliche Unternehmen
 - Russische Eliten: Verbot von Einlagen in europäischen Banken
- Wichtigste russische Banken aus SWIFT-Zahlungssystem ausgeschlossen
- Weitere Einschränkungen für russische Zentralbank

→ 70% des russischen Bankensystems (nach Vermögenswerten), die Regierung und wichtige staatliche Unternehmen werden nicht mehr auf den EU-Kapitalmärkten refinanzieren können.

• **Energiesektor**

- Verbot der Ausfuhr bestimmter Raffinerietechnologien, zusätzlich zum bereits bestehenden Verbot von Ölanlagen aus dem Sanktionsregime von 2014. Für Russland wird es kostspieliger und schwieriger seine Ölraffinerien aufzurüsten.

→ Die Ausfuhren von raffiniertem Öl in die EU brachten Russland 2019 24 Milliarden Euro ein.

• **Transportbereich**

- Verbot für Ausfuhr, Verkauf, Lieferung oder Weitergabe von Luftfahrzeugen, Luftfahrzeugteilen und Ausrüstungen nach Russland und aller damit verbunden Reparatur-, Wartungs- und Finanzdienstleistungen
- Sperrung des EU-Luftraums für alle in russischem Besitz befindlichen, registrierten oder kontrollierten Flugzeuge, einschließlich Privatjets von Oligarchen

→ Drei Viertel Russlands derzeitiger Verkehrsflugzeugflotte wurden in der EU, den USA und Kanada gebaut. Russland wird nicht in der Lage sein, die Flotte auf internationalen Standards zu halten.

- **Güter der Spitzentechnologie**
 - Verschärfung bestehender Sanktionen gegen Güter der Spitzentechnologie, um sensible Sektoren im militärisch-industriellen Bereich Russlands ins Visier zu nehmen → Zugang Russlands zu entscheidender Spitzentechnologie soll beispielsweise in folgenden Bereichen eingeschränkt werden:
 - Drohnen und Software für Drohnen
 - Software für Verschlüsselungsgeräte
 - Halbleiter und fortschrittliche Elektronik
 - Ausweitung der Liste der Unternehmen der russischen Militärindustrie, die noch strengeren Kontrollen unterliegen

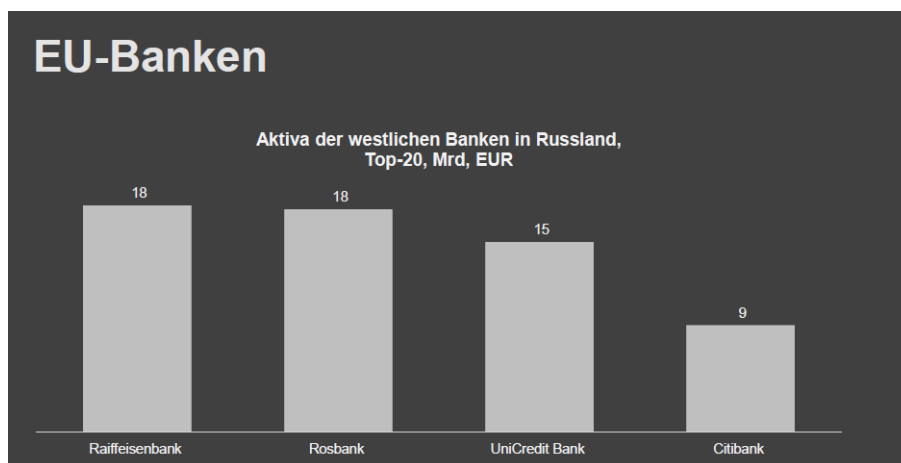
→ Sanktionen werden Russlands Zugang zu wichtigen Technologien beeinträchtigen und seine technologischen Fähigkeiten langfristig reduzieren. Sanktionen werden öffentliche Finanzhilfen für den Handel mit Russland, Investitionsförderungen bzw. die nationalen Exportförderungen beenden.

- **Visa-Maßnahmen**
 - Russische InhaberInnen von Diplomatenpässen werden nicht mehr visumfrei in die EU reisen können. Russische Regierungsbeamte und Geschäftsleute werden nicht mehr in den Genuss von Gebührenerleichterungen bei der Beantragung eines Visums kommen.
- **Sanktionen gegen Desinformation**
 - Die staatlichen russischen Nachrichtenagenturen Russia Today und Sputnik dürfen in der EU nicht mehr ausstrahlen
- **Sanktionen gegen Separatistengebiete Donezk und Luhansk**
 - Rat der EU hat am 23.2. Handel zwischen Separatistengebieten und EU bereits durch folgende Maßnahmen eingeschränkt:
 - gezielte Sanktionen gegen 351 Mitglieder der russischen Staatsduma
 - Einfuhrverbot für Waren aus diesen Gebieten
 - Handels- und Investitionsbeschränkungen für bestimmte Wirtschaftssektoren
 - Verbot der Erbringung touristischer Dienstleistungen
 - Ausfuhrverbot für bestimmte Waren und Technologien

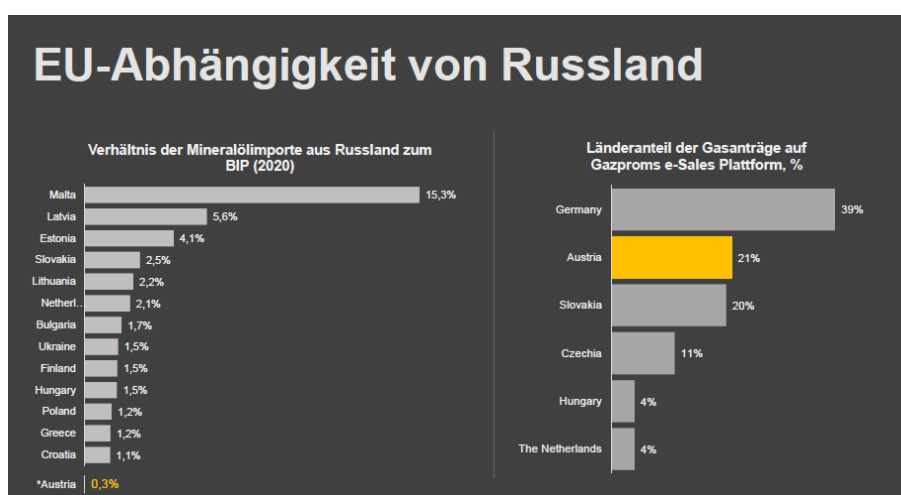
2) Wirtschaftliche Verflechtung und mögliche Auswirkungen der Sanktionen

- Österreich: Risiken für Energieportfolio sowie für Finanzbranche
- Österreich importiert rund 80-85% seines Erdgases aus Russland
- Höchste Risiken für EU/AT Unternehmen:
 - Währungsrisiko: Steigende Volatilität der Wechselkurse RUB, UAH
 - Kontrahentenrisiko: Steigende Versicherungsprämien für die Unternehmen in der Region
 - Zinsrisiko: lokal in RU/UA

- Wirtschaftliche Verflechtungen/Abhängigkeiten



(Quelle: Vienna Institut for International Economic Studies, wiiw 2022)



(Quelle: Vienna Institut for International Economic Studies, wiiw 2022)

- Russlands Import- und Exportwirtschaft



(Quelle: The Vienna Institut for International Economic Studies, wiiw 2022)

- Potenzial der Sanktionen
 - Frühere Sanktionen: Wirkung stark begrenzt wegen nach innen orientierter russischer Volkswirtschaft und staatlichen Entschädigungsmaßnahmen
 - Dennoch: Russland abhängig von Energieexport und High-Tech Importen
 - Internationale Wirtschaft ist an die US/EU-Infrastruktur gebunden
 - Russlands „Reserven“
 - Staatlicher (Fiskal-)Fond: 12% des BIP
 - Zentralbankreserven: 40% des BIP
 - Entwicklung nationaler kritischer Infrastruktur (russisches Zahlungssystem MIR,...)

- Wirtschaftliche Folgen für Österreich
 - Bereits jetzt Lieferengpässe in der Industrie: BMW Steyr und Steyr Automotive mussten beispielsweise Produktion wegen fehlender Komponenten aus Ukraine vorübergehend fast gänzlich einstellen
 - Stahl aus der Ukraine macht rund zehn Prozent der europäischen Importe aus
 - Von einer Knappheit und einem weiteren Preisanstieg bei Rohmaterialien ist jedenfalls auszugehen, das betrifft vor allem Neongas, Palladium, Titan und Nickel
 - Im Jänner 2022 leisteten die Energiepreise einen Beitrag von rund 35% zur österreichischen Inflationsrate

- Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt für Flüchtlinge aus Ukraine
 - EU-Innenministerrat hat Massenzustrom-Richtlinie aktiviert
 - Ukrainischen Kriegsflüchtlingen wird dadurch Aufenthaltsrecht und Bewegungsfreiheit innerhalb der EU für mindestens ein Jahr garantiert
 - Darüber hinaus erhalten sie Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu sozialen Absicherungsmaßnahmen
 - Diese Regelung gilt in Österreich jedoch nicht für die rund 80.000 Gaststudierenden sowie GastarbeiterInnen aus Drittstaaten in der Ukraine (nationaler Spielraum bei Umsetzung der Richtlinie)

- EZB-Studie: Auswirkungen einer 10%-igen Verknappung von Gas auf reales Wirtschaftswachstum
 - Österreich wäre nach Slowakei von eingeschränkter Gasversorgung am schwersten im Euroraum betroffen
 - Bei um 10% verringertem Gasangebot hätte das einen Rückgang des realen Wirtschaftswachstums in Österreich um 1,2% pro Jahr zur Folge – also in etwa doppelt so stark als der Durchschnitt in der EU (0,7%)
 - EZB schätzt, dass ausgehend vom Gaspreisniveau im 1. Quartal 2021 die Gaspreise im 1. Quartal 2022 ihren maximalen Anstieg erreichen werden – mit einem Anstieg der Spotpreise bis zu 600% – und dann allmählich wieder rückläufig werden
 - Die Energiepreiserhöhungen dämpften das Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 um rund 0,5% und könnten das Wirtschaftswachstum 2022 um rund 1% im Euroraum schmälern
 - Legt man die EZB-Simulation grob auf Österreich anhand der Wifo-Dezemberprognose um, kann man sagen, dass ein Prozentpunkt weniger reales Wirtschaftswachstum

- die Arbeitslosigkeit um rund 1 Prozentpunkt erhöht
 - bei der Beschäftigung sich um rund 0,5% Prozentpunkte auswirkt
- Folgen für die Nahrungsmittelversorgung
 - Auch wenn Ukraine nur einen geringen Anteil am Welt-BIP hat, ist sie für die Nahrungsmittelversorgung in vielen Regionen unerlässlich
 - Ein Ausfall der Ernte wird auf Mengen und Preise von Grundnahrungsmitteln desaströse Auswirkungen haben. Derzeit kann die im März anstehende Aussaat nicht durchgeführt werden
 - Mehr als die Hälfte des Getreides, das das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in Krisenregionen verteilt, stammt aus der Ukraine
 - Ägypten, das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt – importiert einen großen Teil seines Weizens aus Russland und der Ukraine. Gleiches gilt für Tunesien und für den Krisenstaat Libanon.

3) Einschätzungen zu Sanktionen gegen Russland, EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine und weitere politische Folgen

- EU-Sanktionen gegen Russland
 - Maßnahmen gegen russische Zentralbank werden u.a. Währungsabsturz befeuern und Vermögen „kleiner Leute“ treffen
 - Sanktionen sollten daher weniger auf breite Bevölkerung, sondern viel gezielter auf Vermögen der Oligarchie abzielen → wäre jedoch im Konflikt mit Interessen von Banken und Vermögenden in Europa, denn
 - russische Oligarchie (top 0.01%) parkt 50% ihres Vermögens im Westen
 - Sanktionspotenzial: Rund die Hälfte des russischen Staatshaushaltes wird durch Einnahmen aus Öl- und Gas gedeckt → Westliche Fossilkonzerne jedoch an Verteilungsinfrastruktur und Vertrieb beteiligt
- EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine (Aufnahme im Eilverfahren)
 - Äußerst unwahrscheinlich
 - Als Solidaritätsaktion der EU zu werten
 - EU-Verträge sehen kein Eilverfahren vor
 - Kompliziertes und langwieriges Beitrittsverfahren, Zustimmung aller EU-Regierungen und Parlamente wäre nötig
 - Gegenseitige Beistandspflicht: Bei Ukraine-Beitritt wäre EU de facto im Krieg mit Russland
 - Nähere Anbindung jedoch auch kurzfristig möglich: Binnenmarkt, Energiepolitik,..
- Politische Folgen in der EU
 - Massive Aufrüstungsprogramme
 - Infragestellung des Zeitplans für Klimaschutzmaßnahmen und Atomausstieg (laufen Kohlekraftwerke weiter?)
 - Rüstungsindustrie kann hohe Steigerungsraten der Aktienkurse verbuchen und will auch als nachhaltig im Sinne der Taxonomie-Verordnung gelten
 - Stärkung der USA und des Nahen Ostens durch Diversifizierung des Energiemixes → Flüssiggas

4) EU-Unterstützungspaket für die Ukraine

- 500.000.000 Euro zur Bereitstellung von Ausrüstung und Material für die ukrainischen Streitkräfte, darunter erstmals auch tödliche Ausrüstung

5) Reaktion des Europäischen und Internationalen Gewerkschaftsbundes

- Verurteilung des völkerrechtswidrigen Einmarsches und Aufforderung an russische Streitkräfte, Ukraine sofort zu verlassen
- Forderungen an Sanktionsregime:
 - Maximaler Druck auf Putin, sein Regime und dessen Entourage
 - Maximale Sanktionslast für jene mit den meisten Mitteln (Oligarchie)
- Laut UNO bisher mehr als 1,5 Mio. Vertriebene → Vorbereitungen für Aufnahme von Flüchtlingen in Europa treffen
- Solidaritätsfonds für ukrainische Mitgliedsgewerkschaften